

Geballte Luzerner KMU-Power in Bundesbern

Mit Andrea Gmür, Franz Grüter und Damian Müller schicken CVP, SVP und FDP des Kantons Luzern drei neue Vertreter ins Bundesparlament. «KMU» wollte von ihnen wissen, wie sie sich in Bern für die Anliegen des Gewerbes stark machen wollen.

Von Alex Piazza

Drei Luzerner schafften am 18. Oktober den Sprung vom Kantons- ins Bundesparlament: Andrea Gmür (CVP, Luzern) und Franz Grüter (SVP, Eich) politisieren neu im Nationalrat, der 31-jährige Damian Müller (FDP, Hitzkirch) im Ständerat. Alle drei Neuen wurden vom Gewerbeverband des Kantons Luzern portiert. Kein Wunder also, dass sie bei den beiden wichtigsten wirtschaftspolitischen Abstimmungsvorlagen dieses Jahres die gleiche Meinung vertreten. So sagen sie klar Ja zum Bau eines Sanierungstunnels am Gotthard. Und zwar vor allem deshalb, «weil eine zweite Röhre die Verkehrssicherheit im Tunnel entscheidend erhöht», wie Damian Müller erklärt. Nein sagen unsere drei Vertreter in Bern dagegen zur SP-Initiative zur Erhöhung der Gewinnsteuern für Unternehmen, über die das Luzerner Stimmvolk voraussichtlich im September dieses Jahres befinden wird. Warum? Für Andrea Gmür und Damian Müller steht die Verlässlichkeit für die Unternehmen im Vordergrund. Für Franz Grüter sind die schweizweit tiefsten Unternehmenssteuern das Kernelement der erfolgreichen Luzerner Steuerstrategie, und an dieser dürfe man auf keinen Fall rütteln. Unterschiede gibt es schon eher bei staats- und gesellschafts-

politischen Fragen. So befürworten Andrea Gmür und Franz Grüter die CVP-Initiative zur Abschaffung der «Heiratsstrafe», während Damian Müller die Vorlage ablehnt, weil diese «veraltete Gesellschaftsbilder in der Verfassung festschreiben will». Einig sind sich Gmür und Müller dagegen bei ihrem Nein zur SVP-Durchsetzungsinitiative.

«Für die Unternehmen sind Planungssicherheit und Verlässlichkeit von grosser Wichtigkeit.»

Andrea Gmür, Nationalrätin CVP

Sie sei unverhältnismässig und torpediere unseren Rechtsstaat. Das sieht Franz Grüter natürlich anders: «Erstens sind drei Viertel aller Leute, die Straftaten begehen und dafür verurteilt werden, Ausländer. Und zweitens gilt es, den Volkswillen in dieser Frage endlich durchzusetzen.»

«BÜROKRATIEABBAU IST ZENTRAL»

Für welche wirtschaftspolitischen Anliegen werden sich die drei Neo-Parlamentarier in Bern stark machen? «Zentral ist ein Bürokratieabbau auf allen Ebenen», lautet die einhellige Antwort. Andrea Gmür macht ein Beispiel aus ihrer Kommission: «In der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) wird zurzeit das Innosuisse-Gesetz beraten. Dabei soll die Kommission für Technologie und Information (KTI), welche die Gelder verteilt, damit Hochschulen ihr Wissen an KMU weitergeben können, in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt werden. Ich werde die Frage stellen, ob es zusätzlich zur Geschäftsstelle und zum Verwaltungsrat wirklich noch einen Innovations-Rat braucht.» Als Präsident der Finanz-Subkommission hat Franz Grüter zurzeit zwei grosse Brocken auf dem Tisch: «Beim Entlastungsprogramm wird es darum gehen, die Staatsquote zu reduzieren und die Steuerbelastung nicht zu erhöhen. Bei der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III gilt es dafür zu sorgen, dass die Schweiz auch in Zukunft attraktiv bleibt für ausländische Unternehmen.» Ständerat Damian Müller hat gleich in drei Kommissionen Einsitz: in der Aussenpolitischen Kommission (APK), in der Geschäftsprüfungskommission (GPK)



Unsere neuen Bundesparlamentarier:
Franz Grüter (SVP), Andrea Gmür
(CVP) und Damian Müller (FDP).

sowie in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK). Überall wird er sich dafür einsetzen, «dass Arbeitsplätze gesichert, die Deindustrialisierung eingedämmt und innovatives Unternehmertum gefördert werden.»

SACH- STATT PARTEIPOLITIK

Damian Müller, Franz Grüter und Andrea Gmür werden im Bundeshaus in Bern nicht nur die Interessen ihrer Partei vertreten, sondern auch jene von Organisationen, die ihnen nahe stehen. Wie gehen die drei mit diesem Spannungsfeld um? Andrea Gmür will in erster Linie Sachpolitik betreiben, sagt sie, nicht Parteipolitik: «Da kann es durchaus sein, dass ich einmal ein SVP-Anliegen unterstütze, ein anderes Mal ein SP-Anliegen, wenn mich Sinn und Zweck der Sache überzeugen.» Sie wolle sich

zuerst mit den Dossiers beschäftigen und dann innerhalb der Partei für ihre Meinung kämpfen. «Falls ich unterliege und die Partei eine andere Parole fasst, bin ich auch mal bereit zu schweigen.» Damian Müller sieht sich in erster Linie als «wirtschaftsfreundlicher Standesvertreter»: «Bevor ich mir eine eigene Meinung bilde, höre ich mir selbstverständlich die Meinungen der mir nahe stehenden Organisationen an.» Franz Grüter schliesslich will weiterhin nur Mandate annehmen, die sich «in grossen Zügen mit meinem Gedankengut decken». Zwischen SVP und Gewerbeverband gebe es sowieso keine Zielkonflikte. «Wir haben ja meist die gleiche Meinung», sagt Grüter mit einem Augenzwinkern. Er habe eher das Problem, dass er sich als Kommissionspräsident nicht so sehr als Parteivertreter einbringen kann. ■